

Schilling rightly asks what the intention of this investigation was. Should it legitimize this *Abwicklung* ex post by proving that social science was ideologically distorted? A look at the members of the commission shows that they were largely *Wessis* (scientists from the FRG), while the *Ossis* were primarily relegated to the role of the study objects, interviewees, most of whom were dismissed. Or should the research group investigate the chances which the convergence of a West and East German social science had offered or might offer to develop the entire discipline further by integrating both East German and West German elements in the new regional studies/developmental studies after reunification? The answer to this question is disappointing. The old regional science was dismantled, and Indology or Sinology of the Federal Republic simply took over. This was related to the transfer of West German scientists to the now vacant or new chairs in Eastern Germany, who simply continued their former work.

Heiko Schrader

RONALD J. MAY, VIBERTO SELOCHAN (Hrsg.), *The Military and Democracy in Asia and the Pacific*. London: C. Hurst & Co., Bathurst: Crawford House Publishing, 1998. viii, 197 Seiten, A\$ 29.95

Der vorliegende Sammelband, der im Kontext des an der Australian National University in Canberra angesiedelten Projekts „Regime Change and Regime Maintenance in Asia and the Pacific“ entstanden ist, thematisiert die einflussreiche, wenn nicht sogar dominierende Rolle, die das Militär in den vergangenen Jahrzehnten besonders in asiatischen Staaten gespielt hat. Dies betrifft sowohl die Initiierung und Förderung gesellschaftlicher Prozesse von Demokratisierung als auch deren Blockierung. Die Häufigkeit militärischer Interventionen in die nationale Politik legt nahe, dass es sich dabei eher um die Norm denn die Ausnahme handelt.

In ihrer Einführung zeichnen die Herausgeber May und Selochan sowie Stephanie Lawson die Argumentationslinien des politikwissenschaftlichen Diskurses nach, der nach den Gründen von Militärcoups sucht. Obwohl die Verfassungsstrukturen eines Großteils der hier thematisierten Staaten Asiens und des Pazifik durch westliche Demokratiemodelle der früheren Kolonialmächte stark beeinflusst wurden, kann in vielen Fällen von einer Anerkennung des Primats der Politik durch das Militär kaum die Rede sein. Erste Erklärungsansätze sahen die Gründe für militärische Interventionen in Unterentwicklung, Ineffizienz, Korrumpierung oder Fraktionierung ziviler politischer Institutionen. Diesen stand häufig ein besser organisiertes und durch eine Kultur der Rationalität und Modernität motiviertes Militär gegenüber, das zudem stärker in die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft involviert war oder gar als deren Vorbedingung angesehen wurde. Alternative Ansätze wiederum heben die Wahrung von Gruppeninteressen, persönliche Ambitionen oder Fraktionierungen unter Putschführern hervor.

Weitere Studien unternahmen den Versuch, Klassifizierungen von Putschen und Putschversuchen sowie von militärischen und zivil-militärischen Regimen aufzustellen. Angesichts der Vielfalt an Formen der Intervention durch Streitkräfte (Putsch

zur Macht, Coup d'État zur Absetzung korrupter Regierungen mit Verweis auf baldigen Rückzug, gemeinsame Regierung militärisch-ziviler Autoritäten, versteckte Einflussnahme oder Monopolisierung von Interessen) ist offensichtlich, dass stereotype Modelle militärischer Herrschaft unangemessen sind. Als sichere Generalisierung sehen die Herausgeber nur, dass Militärregime gewöhnlich repressiv-autoritär regieren und dass autoritäre Regime häufig auf der Herrschaft von Militärs basieren. Die Mehrheit der zitierten Autoren kommt zu dem Schluss, dass Länder mit Entwicklungsungleichgewichten zwischen staatlichen Institutionen und öffentlicher Partizipation der Gefahr von Interventionen ausgesetzt sind. Erst kürzlich demokratisierte Regime bleiben anfällig für erneute Interventionen. Offensichtlich ist auch, dass Militärregime aufgrund ihrer destabilisierenden Konsequenzen eher dazu neigen, Entwicklungsprozesse zu behindern als diese zu beschleunigen, ein Faktum, welches das häufig zu hörende Argument von der notwendigen Entwicklungsdiktatur (oder gar dem „demokratischen Tutor“ Militär) korrigiert.

Ein anderer Aspekt der Diskussion bezieht sich auf das sich verändernde Rollenverständnis der Armeen. Darunter fällt die beobachtbare Übernahme ziviler Positionen in Verwaltung und Wirtschaftsunternehmen durch hohe Offiziere. Der Sachverhalt verweist auf das Dilemma, Mechanismen zum Rückzug des Militärs in die Kasernen zu entwickeln und trotzdem bestehende Interessen zu wahren. Wahrscheinlicher als der vollständige Rückzug erscheint allerdings die weniger öffentliche, dafür aber fortgesetzte politische Einflussnahme mit dem Ziel der Konsolidierung eigener Positionen.

Nach einer Einführung in zentrale Konzepte der Beziehung zwischen Streitkräften und zivil-staatlicher Macht in westlichen Demokratien folgen Fallstudien zu den asiatischen Ländern Indonesien, Thailand, Burma, Pakistan, Bangladesh, Philippinen und Südkorea sowie im Pazifik Fidschi und Papua-Neuguinea. Alle Beiträge orientieren sich an den Fragen, welche Rolle das Militär beim Erhalt oder Wechsel von Regimen gespielt hat und inwieweit sich die Unterschiede im Ausmaß militärischen Engagements in der Entwicklung der politischen Systeme widerspiegeln. Bis auf die Philippinen und Papua-Neuguinea – letzteres Land weist eine relativ stabile Demokratie auf, in der die Streitkräfte kaum eine herausragende Stellung einnehmen – fanden in allen Staaten über die Periode von 1932 (Thailand) bis 1999 (Pakistan) erfolgreiche Staatsstiche statt. Die Autoren der Beiträge (Emajuddin Ahamed, Suchit Bunbongkarn, Stephanie Lawson, Hasan Askari Rizvi, Josef Silverstein, Michael Vatikiotis und Yung Myung Kim) sind ausgewiesene Länderspezialisten, die zum Teil aus den behandelten Staaten stammen und dort an Universitäten tätig sind.

In einem abschließenden Vergleich der Fallstudien kommen die Herausgeber und Stephanie Lawson zu dem Ergebnis, dass die Militärinterventionen in den analysierten Ländern nur aufgrund der besonderen historischen und kulturellen Umstände erklärbar sind. Die ethnische Fragmentierung, die Bedrohung der territorialen Integrität, Missmanagement sowie ein schwacher, von kleinen Eliten beherrschter, kaum demokratisch legitimer Staat sind hier wichtige Einflussfaktoren. Die Bandbreite zivil-militärischer Interaktion wird zudem als größer angesehen, als dies

in Afrika und Lateinamerika zu beobachten ist, was zum Teil auf das breite Spektrum kolonialer Erfahrung in dieser Region zurückgeführt wird. Die Beispiele zeigen, dass das Militär bei einem Regimewandel hin zu mehr Demokratie durchaus eine Hauptrolle spielen kann, soweit innenpolitische Stabilität gegeben ist. Weiteren Forschungsbedarf sehen May, Selochan und Lawson besonders in den Aktivitäten des Militärs im Komplex militärisch-ziviler Beziehungen, worunter besonders die Verwaltung und öffentliche wie private Wirtschaftsunternehmen fallen.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass das Thema des Buches bis heute keineswegs an Relevanz verloren hat. Dies belegt der erneute Putsch in Pakistan vom Oktober 1999 sowie der anhaltende Einfluss der Streitkräfte in Indonesien trotz demokratischer Wahlen. Die thematische Einführung des Sammelbandes wirkt zwar zum Teil (aufgrund von drei Autoren?) konfus und wenig systematisch. Dafür sind die detaillierten Länderstudien ausgezeichnet. Besonders deutlich wird daraus, dass die Übertragung westlicher Demokratiemodelle auf Länder mit völlig differierenden Kultur- und Wertesystemen (exemplarisch Südkorea) zu Widersprüchen führen muss. Zum zweiten wird aber auch deutlich, dass wirtschaftlicher Fortschritt und politische Stabilität sowie externe und interne Sicherheit in mehr Emanzipation und Partizipation bzw. Forderungen nach weitergehender Demokratisierung und politischem Pluralismus breiter Bevölkerungsschichten münden (vgl. Südkorea und Thailand). Gründe zur Rechtfertigung einer Intervention entfallen damit, die Zivilgesellschaft gewinnt mit wachsender gesellschaftlicher Komplexität und Ausdifferenzierung an Bedeutung. Generell ist nachvollziehbar, dass die Transition zu demokratischeren Regierungsformen abhängig ist von gelebten Erfahrungen, die mit zivilen Freiheiten und politischer Beteiligung gemacht wurden. Der Zeitfaktor zwecks Erlangung und Legitimierung ziviler Institutionen spielt daher eine wichtige Rolle. Insofern bleibt auch die Separierung von ziviler Herrschaft und Militär und damit die Institutionalisierung des Demokratisierungsprozesses in nicht wenigen der hier dokumentierten Staaten Asiens fragil. Unverständlich an der Publikation bleibt, warum die Beiträge (mit Ausnahme Pakistans) nicht über den Beginn der 1990er Jahre hinausgehen. Zumindest die Chance einer aktuellen länderspezifischen Bilanz ist damit vertan worden.

Roland Seib

STIG TOFT MADSEN (ed.), *State, Society and the Environment in South Asia*. (Nordic Institute of Asian Studies, Man and Nature in Asia Series, 3). Richmond: Curzon, 1999. 337 pages, £ 40.00. ISBN 0-7007-0614-3

The book is a compilation of different analyses of the relation between society and its natural environment in India and Pakistan, which focus on various classic issues (forests, water, land degradation, tribal people). The merit of the book is that it shows the broad methodological spectrum available in the social sciences for analysing how people relate to their natural environment and why this relation might lead to degradation of natural resources, ranging from oral history to qualitative case studies and the analysis of historical documents.